Die Form eines Strafurteils - anhand eines konkreten Beispiels¹ veranschaulicht

Dr. Christian Lucas

A. Der Aufbau im Überblick

Jedes Urteil besteht aus den drei großen Abschnitten: **Kopf - Formel - Gründe**. Grundsätzliche Abweichungen zum Zivilrecht (dort: **Rubrum - Tenor - Tatbestand - Entscheidungsgründe**) ergeben sich hieraus jedoch nicht, da auch im Strafurteil ein Tatbestand auftaucht, und zwar als zweiter Unterpunkt der Urteilsgründe (gedanklich mit „Feststellungen“ überschrieben).

I. Kopf

II. Formel

1. Schuldspruch
2. Rechtsfolgenausspruch
ggf. inkl. Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung, Nebenstrafe, Maßregeln der Besserung und Sicherung
3. Kostenentscheidung
4. Liste der angewendeten Vorschriften

III. Gründe

1. Persönliche Verhältnisse
2. Feststellungen
3. Beweiswürdigung
4. Rechtliche Würdigung
5. Strafzumessung
6. Begründung der Nebenentscheidungen

B. Der Aufbau im Detail

I. Urteilskopf gem. § 275 III StPO:

Es fällt zunächst auf, dass der Kopf eines Strafurteils wesentlich mehr Angaben über die Angeklagten enthält als das Rubrum eines Zivilurteils über die Parteien: Neben Name und Anschrift der Angeklagten (und ggf. ihrer gesetzlichen Vertreter) erscheinen hier insbesondere auch Beruf, Geburtstag, Geburtsort, Familienstand und Nationalität.

Dass die Verteidiger mit Anschrift bereits jeweils direkt nach den Angeklagten erscheinen – wie im Zivilrecht die Prozessbevollmächtigten nach den Parteien –, hält die Praxis z.T. für unnötig. Das beruht wahrscheinlich darauf, dass die Verteidiger in jedem Falle auch als *Sitzungsteilnehmer* ins Protokoll auf-

¹ (Die zitierten Textpassagen stammen aus echten Urteilen; personenbezogene Daten und Aktenzeichen sind allerdings geändert.)

zunehmen sind, wenn sie denn teilgenommen haben (und zwar üblicherweise vor dem Urkundsbeamten) und somit eine Doppelnennung zustande kommt. Für eine (zusätzliche) Aufnahme der Verteidiger mit Anschrift in das Rubrum spricht jedoch ein praktischer Grund: Das Urteil ist auch den Verteidigern zuzustellen, und aus der bloßen Nennung als Sitzungsteilnehmer geht ihre Anschrift nicht hervor.

Anders als in der Anklageschrift verbindet die Praxis im Urteilskopf mehrere Angeklagte (die auch hier durchnummeriert sind) mit „und“.

Achtung: Anders als im Zivilrechtsstreit ergeht das Urteil nicht etwa erst „auf die“ sondern bereits „in der“ Verhandlung und die Verhandlung heißt hier nicht „mündliche Verhandlung“ sondern „Hauptverhandlung“ oder „öffentliche Sitzung“.

16 Ds 11 Js 777/01
AK 44/01

Amtsgericht Steinfurt
Im Namen des Volkes
Urteil

in der Strafsache

gegen 1. den Gebäudereiniger Ali Güney, geb. am 11.11.1970 in Devrek/Türkei, wohnhaft in 48565 Steinfurt, Droste-Hülshoff-Str. 1, ledig, türkisch

seit 3. November 2001 in dieser [/in anderer] Sache in Untersuchungshaft [/Strafhaft] in der JVA Münster

- Verteidiger: RA Dr. Laubach, Howaldstraße 66, 48121 Münster

und

2. den Reiseverkehrskaufmann Walther Meyer, geb. am 2.7.1967 in Münster, wohnhaft in 48143 Münster, Weseler Straße 123, verheiratet, Deutscher

- Verteidiger: RA Eilig, Sonnenstraße 13, 48143 Münster

wegen Betruges u.a.

hat das Amtsgericht Steinfurt
in der öffentlichen Sitzung vom 17. September 2001,
an der teilgenommen haben

Richter am Amtsgericht Hagemeyer als Strafrichter,
Oberamtsanwalt Barsch als Vertreter der Anklagebehörde,
RA Dr. Laubach und
RA Eilig als Verteidiger sowie
Justizobersekretär Lücke als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

II. Formel

1. Schuldspruch

Ebenso wie für die Anklageschrift gilt auch hier: Nur wenn die Verwirklichung eines Tatbestandes sowohl vorsätzlich als auch fahrlässig möglich ist, ist auch die Art der Begehung aufzunehmen.

Bei Verwirklichung besonderer Strafzumessungsvorschriften erscheint nur der Grundtatbestand im Schuldspruch (also nicht etwa: „Der Angeklagte wird wegen Diebstahls in besonders schwerem Fall ...“).

Der Schuldspruch kann auch mit dem Rechtsfolgenausspruch zusammengezogen werden, was sich insbesondere bei der Verwirklichung eines einzelnen Tatbestandes oder nur weniger Tatbestände anbietet.

Der Tatbestand hat keine Nummern!

Das Verfahren gegen den Angeklagten zu 2. wird eingestellt.

Der Angeklagte zu 1. wird wegen versuchten Betruges, vorsätzlicher Körperverletzung und Beleidigung in zwei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 7 Monaten verurteilt.

Die Vollstreckung [!] der Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt.

Dem Angeklagten zu 1. wird das Führen von Kraftfahrzeugen aller Art im öffentlichen Straßenverkehr für die Dauer von 3 Monaten untersagt.

2. Rechtsfolgenausspruch

Bei der Verwirklichung vieler Tatbestände bietet es sich an, für den Rechtsfolgenausspruch einen neuen Satz zu beginnen:

(...) Der Angeklagte zu 1. ist schuldig des versuchten Betruges in Tateinheit mit Urkundenfälschung, der tateinheitlich begangenen dreifachen vorsätzlichen Körperverletzung und der Beleidigung in zwei Fällen. **Er wird daher zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 7 Monaten verurteilt.** [...]

Tateinheitliche und tatmehrheitliche Begehung werden wie folgt zum Ausdruck gebracht:

	im Strafurteil („wird ... zu XY verurteilt“)	<i>zum Vergleich:</i> in der Anklageschrift („wird angeklagt, durch 15 selbständige Handlungen...“)
ungleichartige Tatmehrheit (mehrere Tatbestände)	„wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Urkundenfälschung“	„1. eine andere Person körperlich misshandelt zu haben ..., 2. zur Täuschung im Rechtsverkehr...“
gleichartige Tatmehrheit (derselbe Tatbestand mehrmals)	„wegen Körperverletzung in drei Fällen “	„1. in drei Fällen eine andere Person körperlich misshandelt zu haben ...“
ungleichartige Tateinheit (mehrere Tatbestände tateinheitlich)	„wegen Vergewaltigung in Tateinheit/, tat-	„1. durch dieselbe Handlung a) eine andere Person mit Gewalt genötigt zu haben,

einheitlich)	einheitlich begangen mit gefährlicher Körperverletzung“	... b) eine andere Person körperlich misshandelt zu haben“
gleichartige Tateinheit (derselbe Tatbestand tateinheitlich)	„wegen tateinheitlich begangener, vierfacher vorsätzlicher Körperverletzung“	„1. durch dieselbe Handlung vier andere Personen körperlich misshandelt zu haben“

Am Ende des Rechtsfolgenausspruchs ist noch Platz für weitere Anordnungen, etwa über Einziehung und Verfall oder über Maßregeln der Besserung und Sicherung, wie z.B. die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder die Entziehung der Fahrerlaubnis gem. § 69 StGB (immer in drei Schritten aussprechen: 1. Fahrerlaubnis entziehen, 2. Führerschein gem. § 69 III 2 StGB einziehen, 3. Sperrfrist gem. § 69a I StGB anordnen)

[...] Ihm wird die Fahrerlaubnis entzogen. Sein Führerschein wird eingezogen. Für die Dauer von weiteren 12 Monaten darf ihm keine neue Fahrerlaubnis erteilt werden.

Das sichergestellte Messer wird eingezogen.

3. Kostenentscheidung

Bei einer Verurteilung hat der Angeklagte gem. § 465 I StPO die Kosten des Verfahrens zu tragen.

In der Praxis findet man des öfteren zusätzlich den Ausspruch, dass der (verurteilte) Angeklagte „seine eigenen notwendigen Auslagen“ trägt. § 464 II StPO legt einen solchen Ausspruch zwar nahe. Dennoch versteht es sich bereits von selbst, dass der verurteilte Angeklagte seine eigenen Auslagen zu tragen hat, womit sich eine ausdrückliche Erwähnung erübrigt.

Nur bei einem Freispruch oder Teilfreispruch macht es Sinn, über die Auslagen des Angeklagten explizit zu entscheiden, denn dann sind sie gem. § 467 StPO der Staatskasse aufzuerlegen.

Der Angeklagte zu 1. trägt die Kosten des Verfahrens.

oder (bei Teilfreispruch):

Die Kosten des Verfahrens und seine eigenen notwendigen Auslagen trägt der Angeklagte zu 1., soweit er verurteilt worden ist. Im übrigen trägt diese Kosten die Staatskasse.

4. Angewendete Vorschriften

Hier sind alle Normen zu nennen, die den Schuldspruch tragen. Vorschriften, die geprüft aber verworfen wurden, tauchen hier also nicht auf. Allgemeine Strafzumessungsvorschriften (§§ 38 ff., 46 StGB) und Kostenvorschriften sind ebenfalls nicht zu nennen; wohl aber besondere Strafzumes-

sungsvorschriften wie §§ 41, 42 StGB. Die Reihenfolge ist dieselbe wie in der Anklageschrift: 1. Vorschriften des besonderen Teils des StGB, 2. Vorschriften des Allgemeinen Teils des StGB, Vorschriften des Nebenstrafrechts, jeweils in aufsteigender Reihenfolge.

Angewendete Vorschriften: §§ 185, 223, 230, 263, 22, 23, 44, 53, 56 StGB.

III. Gründe

Dieser dritte Abschnitt wird auch tatsächlich mit „Gründe“ (und nicht, wie im Zivilurteil mit „Entscheidungsgründe“) überschrieben. Seine Unterpunkte (I. Persönliche Verhältnisse - II. Feststellungen - III. Beweiswürdigung - IV. Rechtliche Würdigung - V. Strafzumessung - VI. Begründung der Nebenentscheidungen) tragen jedoch keine Überschriften mehr, sondern sind lediglich (zentriert) mit römischen Zahlen durchnummeriert.

1. Persönliche Verhältnisse

Der Punkt „Persönliche Verhältnisse“ wird also durch eine vorangestellte „I.“ eingeleitet.

Hier finden sich Angaben zum Vorleben des Täters, seinen derzeitigen Lebensumständen, seinem Beruf etc. Angaben, die sich bereits aus dem Rubrum ergeben (Geburtsdatum, Wohnort) braucht man hier jedoch nicht zu wiederholen.

Nicht vergessen darf man, am Ende auch die Vorstrafen des Angeklagten aufzuführen. Während in der Praxis zumeist sämtliche Vorstrafen erscheinen, reicht es in Klausuren oft, die zuletzt verhängten (einschlägigen) Strafen zu erwähnen. Wenn die Vollstreckung einer Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, ist dieser Umstand nebst der Dauer der angeordneten Bewährungszeit in jedem Falle mit anzugeben.

<p>Gründe</p> <p style="text-align: center;">I.</p> <p>Der Angeklagte Ali Güney ist ledig und Vater von vier minderjährigen Kindern, die bei der Kindesmutter leben. Er selbst wohnt zusammen mit seiner Lebensgefährtin, der Zeugin Koch, in einer Mietwohnung in der Droste-Hülshoff-Straße in Steinfurt. Der Angeklagte geht derzeit einer Beschäftigung als Gebäudereiniger nach.</p> <p>In der Vergangenheit ist der Angeklagte bereits sechsmal strafrechtlich in Erscheinung getreten, davon viermal einschlägig wegen Betruges. Zuletzt hat ihn das Amtsgericht Tecklenburg mit Urteil vom 7. Oktober 1998 (7 Ds 22 Js 666/98, AK 555/98), rechtskräftig seit dem 22.10.1998, wegen Betruges zu 3 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, wobei es die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung ausgesetzt und eine dreijährige Bewährungszeit angeordnet hat.</p>
--

2. Feststellungen

Hier sind sämtliche tatsächlichen Umstände aufzuführen, die den Urteilspruch tragen, also auch subjektive Tatumstände. Dabei ist – anders als im „A-Gutachten“ zur Anklageschrift – noch nicht darauf einzugehen, warum

das Gericht vom Vorliegen dieser Umstände überzeugt ist, was die Sache zunächst vereinfacht.

II.

Im Rahmen eines vor dem Amtsgericht Steinfurt unter der Geschäftsnummer 21 C 82/00 geführten Zivilverfahrens trug der Angeklagte in der Zeit vom 15.02.2000 bis zum 27.06.2000 wiederholt bewusst wahrheitswidrig vor, von dem Zeugen Devrek kein Darlehen für den Erwerb eines Baucontainers erhalten zu haben. Damit wollte der Angeklagte erreichen, dass das Gericht der zivilrechtlichen Klage auf Zahlung von 4000,- DM, die der Zeuge Devrek unter anderem gegen ihn als Gesamtschuldner erhoben hatte, nicht stattgeben würde. In Wahrheit hatte der Zeuge Devrek dem Angeklagten einen Geldbetrag in Höhe von mindestens 3000,- DM darlehensweise überlassen, um ihm die Anschaffung eines Baucontainers zu ermöglichen. Das Amtsgericht Steinfurt verurteilte den Angeklagten schließlich am 27.06.2000 - ungeachtet seines wahrheitswidrigen Vortrags - zur Zahlung von 3000,- DM an den Zeugen Devrek. Das Urteil ist seit dem 18. Dezember 2000 rechtskräftig. [...]

3. Beweiswürdigung

Erst hier muss das Gericht Farbe bekennen und genau darlegen, warum es von dem zuvor geschilderten Sachverhalt überzeugt ist, den es der Verurteilung zugrunde legt.

Dabei ist – das ist wieder aus dem „A-Gutachten“ zur Anklageschrift bekannt – immer mit den *Einlassungen* (Terminologie!) des Angeklagten zu beginnen, sofern solche vorhanden sind. Man teilt hier üblicherweise selbst bei mehreren unterschiedlichen Tatkomplexen nicht die Einlassungen des Angeklagten in kleine Abschnitte auf, sondern gibt alles, was er gesagt hat, *en block* wieder.

Den Einlassungen sind in einem zweiten Schritt die übrigen Beweismittel, etwa die *Aussagen/Bekundungen* (Terminologie!) der Zeugen in der Weise gegenüberzustellen, dass deutlich wird, warum sie die einzelnen Einlassungen des Angeklagten entweder stützen oder widerlegen. Getreu dem Urteilsstil ist auch hier das Ergebnis der Begründung voranzustellen.

In welcher Zeitform die Einlassungen und Aussagen wiederzugeben sind, wird uneinheitlich beurteilt. Möglich sind Präsens („Der Angeklagte leugnet den Tatvorwurf.“) und – wie im Zivilrecht üblich – Perfekt („Der Angeklagte hat sich wie folgt eingelassen: ...“). In jedem Falle sind die Äußerungen in indirekter Rede abzufassen.

Ausführungen zu Beweiserhebungs- und -verwertungsverboten (§§ 136a, 252 StPO) gehören, wenn sie konkret berührt sein können, ebenfalls in die Beweiswürdigung. (Auch hier zeigt sich wieder eine Ähnlichkeit zum Aufbau des „A-Gutachtens“ in der Staatsanwaltsklausur: Zur Beweiswürdigung gehört immer auch die Frage nach der Verwertbarkeit.)

Ein zusammenfassender Einleitungssatz, wie er in der Praxis zuweilen zu finden ist, erübrigt sich.

III.

Vor dem Amtsgericht Steinfurt falsche Tatsachen vorgetragen zu haben, um ein für den Zeugen Devrek nachteiliges Urteil zu erreichen, leugnet der Angeklagte. Er räumt zwar ein, während des fraglichen Zivilverfahrens schriftsätzlich und in der mündlichen Verhandlung vorgetragen zu haben, dass der Zeuge Devrek ihm kein Darlehen zum Erwerb eines Baucontainers gewährt habe. Der Angeklagte behauptet jedoch, sein Vortrag habe der Wahrheit entsprochen. Des weiteren leugnet der Angeklagte, [...]

Die Einlassung des Angeklagten, vor dem Amtsgericht Steinfurt keine falschen Tatsachen vorgetragen zu haben, ist widerlegt aufgrund der Aussagen der Zeugen Devrek und Mahmut.

Der Zeuge Devrek hat in glaubhafter Weise bekundet, dem Angeklagten das Geld, das dieser zu Anschaffung des Containers benötigte, darlehensweise überlassen zu haben. Für die Glaubhaftigkeit der Aussage spricht zunächst, dass sie präzise und in sich widerspruchsfrei ist. So konnte sich der Zeuge noch genau daran erinnern, dass [...] Der Zeuge Devrek ist auch glaubwürdig. Dafür spricht, dass er auf die Fragen des Gerichts ruhig und sachlich geantwortet hat und auf weiteres Nachfragen freimütig und ohne Zögern seine Aussage ergänzt hat. Auch der Umstand, dass sich der Zeuge nicht von den Zwischenbemerkungen des Angeklagten hat beirren lassen und diese lediglich mit den Worten „ich habe keinen Grund, jemanden zu verleumden“ sachlich kommentiert hat, erhöht seine - des Zeugen - Glaubwürdigkeit.

Der Zeuge Mahmut hat bekundet, dass ihm der Angeklagte auf Nachfrage selbst erzählt hat, dass der Zeuge Devrek ihm - dem Angeklagten - das Geld für den Container als Darlehen überlassen hat. Für die Glaubhaftigkeit dieser Aussage spricht ebenfalls, dass sie in sich widerspruchsfrei ist. [...] Letztlich spricht für die Glaubhaftigkeit der Aussage, dass sich der Zeuge noch daran erinnern kann, dass der Angeklagte ihm gegenüber erwähnt hat, er werde das Darlehen in monatlichen Raten an den Zeugen Devrek zurückzahlen. Bei dieser konkreten Ratenzahlungsvereinbarung handelt es sich um einen Begleitumstand, auf dessen Erwähnung der Zeuge ohne weiteres hätte verzichten können. Dass er ihn dennoch erwähnt hat, spricht umgekehrt dafür, dass er bemüht war, die Richtigkeit seiner Aussage mit weiteren Details zu untermauern. Der Zeuge ist auch glaubwürdig, wofür vor allem sein ruhiges und besonnenes Auftreten während der Gerichtsverhandlung, sowie seine auf Nachfrage des Gerichts erklärten Bekräftigungen sprechen. Für die Glaubwürdigkeit des Zeugen spricht zudem der Umstand, dass er nach eingehender Ermahnung und Belehrung über die Folgen einer falschen, eidlichen Aussage den Eid gem. § 66c StPO geleistet hat. [...]

Die Zeugin Koch bestätigt im wesentlichen die Einlassung des Angeklagten zum Betrugsvorwurf. Ihre Aussage kann die Aussagen der Zeugen Devrek und Mahmut jedoch nicht entkräften. Die Aussage der Zeugin ist unglaubhaft, weil sie wenig präzise und ersichtlich von dem Bemühen getragen ist, sich auf die Kernfrage zu beschränken. So hat die Zeugin ihre Aussage schon mit dem Hinweis eingeleitet, zu dem Betrugsvorwurf könne sie nichts sagen. Bedenkt man, dass die Zeugin in dem vorangegangenen Zivilrechtsstreit vor dem Amtsgericht Steinfurt selbst Beklagte war und in dessen Verlauf - zuletzt in der mündlichen Verhandlung am 27.06.2000 - ausführliche Erklärungen zu dem auch hier streitgegenständlichen Sachverhalt abgegeben hat (s. Bl. 53 d.A.), erscheint dies mehr als zweifelhaft. Die Zeugin ist zudem wenig glaubwürdig, was vor allem dadurch bedingt ist, dass sie zu dem Angeklagten als dessen Lebensgefährtin eine enge Beziehung unterhält. Auch das Aussageverhalten der Zeugin lässt den Schluss

zu, dass sie in erster Linie den Angeklagten entlasten wollte. So hat sie auf die gestellten Fragen ungleich emotionaler geantwortet als die beiden vorgenannten Zeugen und insgesamt einen wenig besonnenen und gefassten Eindruck gemacht. [...]

4. Rechtliche Würdigung

Zu Beginn der rechtlichen Würdigung ist es üblich, noch einmal den Schuldspruch zu erwähnen.

IV.

Der Angeklagte war daher wegen versuchten Betruges gem. §§ 263, 22 StGB, Körperverletzung gem. § 223 StGB und Beleidigung gem. § 185 StGB zu verurteilen.

Sodann ist im Urteilsstil zu begründen, warum die genannten Tatbestände verwirklicht sind. Dabei ist vom Tatbestand der einschlägigen Norm(en) auszugehen, dessen Merkmale eines nach dem anderen abzuhandeln sind.

Achtung: Sofern die angeklagte, prozessuale Tat auch Tatbestände verwirklicht, die nicht in der Anklage genannt sind (Bsp.: angeklagt ist gefährliche Körperverletzung; Verurteilung aufgrund einfacher Körperverletzung), ist in einer Fußnote ein Hinweis nach § 265 StPO zu unterstellen.

Er hat zum einen in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, versucht, das Vermögen eines anderen - des Zeugen Devrek - dadurch zu beschädigen, dass er durch Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Irrtum erregte. Indem er während des Zivilverfahrens wahrheitswidrig abgestritten hat, von dem Zeugen Devrek ein Darlehen erhalten zu haben, und indem er behauptet hat, der Zeuge Devrek habe den Container für sich selbst erworben, hat er ersichtlich falsche Tatsachen vorgespiegelt. Durch diese Täuschungshandlung wollte der Angeklagte beim Gericht einen entsprechenden Irrtum hervorrufen, um es zur Abweisung der gegen ihn erhobenen Klage zu bewegen. Einen Vermögensvorteil hätte ein solches Sachurteil dem Angeklagten deshalb verschafft, weil es, wenn es in Rechtskraft erwachsen wäre, dem Zeugen Devrek die Möglichkeit genommen hätte, seine Darlehensforderung mit staatlicher Hilfe einzutreiben. Auch das Nichterbringen einer geschuldeten Leistung stellt einen Vermögensvorteil dar (vgl. Tröndle/Fischer, § 263, Rn. 42). Da der Angeklagte, der in Wirklichkeit Darlehensrückzahlung schuldete, auf ein solches, abweisendes Urteil gerade kein Recht hatte, hätte darin auch ein rechtswidriger Vermögensvorteil gelegen. Diesem Vermögensvorteil hätte - ebenfalls als unmittelbare Folge des abweisenden Urteils - ein stoffgleicher Vermögensschaden auf Seiten des Zeugen Devrek gegenübergestanden. Dass die getäuschte Person und die geschädigte Person nicht identisch gewesen wären, hätte vorliegend nichts an der Erfüllung des Betrugstatbestandes geändert. Es ist anerkannt, dass ein Betrug auch dann verwirklicht ist, wenn der Täter ein Rechtsprechungsorgan mittels Täuschung zu einer Entscheidung veranlasst, die unmittelbar einen Vermögensnachteil für einen Dritten zur Folge hat (Fallgruppe des sog. „Prozessbetruges“, vgl. Tröndle/Fischer, § 263, Rn. 21). Der Angeklagte hat zudem zur Verwirklichung des Betrugstatbestandes iSd. § 22 StGB unmittelbar angesetzt, indem er die genannten, falschen Behauptungen schriftsätzlich und bei seiner Vernehmung vor dem Zivilrichter vorgetragen hat. Damit hatte er nach seiner Vorstellung alles getan, was zur Täuschung des Gerichts nötig war. Rechtfertigungs- oder Schuldausschließungsgründe sind nicht ersichtlich. [...]

5. Rechtsfolgen der Tat

Diesen Abschnitt mit „Strafzumessung“ zu überschreiben, wäre zu kurz gegriffen, denn die Strafe ist nicht die einzige Rechtsfolge der Tat, die es hier zu begründen gilt.

Dennoch beginnt man diesen fünften Abschnitt üblicherweise mit Erwägungen zur Strafzumessung. Hierbei ist (nach einem Einleitungssatz) immer zunächst der Strafraum festzustellen und im Anschluss daran die konkret festgesetzte Strafe bzw. Einsatzstrafe zu begründen (Strafschärfungs- und Strafmilderungsgründe). Dabei stellt man immer zuerst Erwägungen zu den strafmildernden und erst im Anschluss daran zu den strafscharfenden Gesichtspunkten an (sofern es solche gibt).

Das genannte Grobschema gilt, wenn mehrere Delikte tatmehrheitlich verwirklicht sind, sowohl für jedes einzelne Delikt als auch für die am Ende zu bildende Gesamtstrafe (auch dort zunächst den gesetzlich vorgegebenen Rahmen nennen).

V.

Bei der Strafzumessung ist das Gericht gemäß den Grundsätzen der §§ 46 ff. StGB von der Schuld des Angeklagten ausgegangen und hat die Wirkungen, die von der Strafe für sein zukünftiges Leben in der Gesellschaft zu erwarten sind, berücksichtigt. Im einzelnen hat es sich von folgenden Erwägungen leiten lassen:

Für den verwirklichten versuchten Betrug ist vom Strafraum des § 263 Abs. 1, 2 StGB auszugehen, wobei gem. §§ 23 Abs. 2 StGB eine fakultative Strafmilderung gem. § 49 Abs. 1 in Betracht zu ziehen war. Hiervon hat das Gericht Gebrauch gemacht und für den versuchten Betrug eine Einsatzstrafe von 6 Monaten Freiheitsstrafe für angemessen erachtet.

Wegen der verwirklichten Körperverletzung war von § 223 Abs. 1 StGB ein weiterer Strafraum vorgegeben. Wegen der - relativ gesehen - geringen Auswirkungen, die der Schlag des Angeklagten auf das körperliche Wohlbefinden des Zeugen Rotthoff hatte, musste sich die Strafe jedoch deutlich im unteren Teil dieses Rahmens bewegen. Strafmildernd war außerdem zu berücksichtigen, dass sich der Angeklagte bei dem Geschädigten nach der Tat freiwillig und ernsthaft entschuldigt hat. Das Gericht hat deshalb wegen der Körperverletzung eine Einsatzstrafe in Form von Geldstrafe iHv. 30 Tagessätzen als schuldangemessen erachtet.

Für die Beleidigung war vom Strafraum des § 185 StGB auszugehen. Hier hat das Gericht strafmildernd berücksichtigt, dass sich der Angeklagte im Hinblick auf diese Tat geständig gezeigt hat und ebenfalls eine Einsatzstrafe in Form von Geldstrafe iHv. 30 Tagessätzen festgesetzt.

Aus den festgesetzten Einsatzstrafen hat das Gericht nach den Grundsätzen der §§ 53 und 54 StGB durch Erhöhung der verwirkten, höchsten Strafe eine Gesamtstrafe von 7 Monaten Freiheitsstrafe gebildet.

Auch die Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung (bzw. wie im vorliegenden Fall deren Ablehnung) ist hier zu begründen.

Trotzdem der Angeklagte bereits mehrfach einschlägig vorbestraft ist, ist das Gericht nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gelangt, dass sich der Angeklagte in diesem Fall schon die Verurteilung als solche zur Warnung dienen lassen und künftig auch ohne Einwirkung des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird. Dabei hat es zugunsten des Angeklagten vor allem berücksichtigt, dass drei der vier einschlägigen Vorstrafen im Zeitraum zwischen 1991 und 1993 verhängt worden waren und lediglich im Jahre 1998 eine einschlägige Straftat hinzukam. Der verwirklichte Betrugstatbestand in Form des Prozessbetruges stellt zudem eine untypische Begehungsform dar, die nicht notwendig den Schluss nahe legt, dass die hier abzuurteilende Tat eine nahtlose Fortsetzung der bereits begangenen Betrugstaten darstellt. Deshalb hat das Gericht die Aussetzung der Strafvollstreckung zur Bewährung ein letztes Mal für vertretbar erachtet.

Am Schluss der Strafzumessung sind noch die ausgesprochenen Nebenfolgen zu begründen, also etwa eine angeordnete Einziehung und angeordnete Maßregeln der Besserung und Sicherung.

Weil der Angeklagte die Körperverletzung, wegen derer er zu verurteilen war, in engem Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs begangen hat, hielt das Gericht es darüber hinaus für geboten, gem. § 44 Abs. 1 StGB ein Fahrverbot für die Dauer von 3 Monaten auszusprechen.

6. Am Ende, also nach der Strafzumessung, erfolgt die Begründung der prozessualen Nebenentscheidungen (insbes. der Kostenentscheidung). Sie kann regelmäßig kurz ausfallen:

VI.
Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 464 Abs. 1, 465 Abs. 1 StPO.

IV. Als gedachter „vierter und fünfter Abschnitt“ (nach Kopf-Formel-Gründe) folgen die Unterschriften der Richter und die mit dem Urteil zu verkündenden Beschlüsse. Hierbei ist vor allem an den Bewährungsbeschluss zu denken.

Hagemeyer,
Richter am Amtsgericht

16 Ds 11 Js 777/01
AK 44/01

Beschluss

Die Bewährungszeit dauert drei Jahre.

Dem Angeklagten werden die Weisungen und Auflagen gemacht,

während der Bewährungszeit dem Gericht jeden Wohnungswechsel unverzüglich anzuzeigen,

eine Geldbuße von 2000,00 Deutsche Mark - in monatlichen Raten von 100,00 Deutsche Mark - erstmalig zum Ende des auf die Rechtskraft des Urteils folgenden Monats zu zahlen, und zwar an die Landeskasse.

Der Angeklagte wird für die gesamte Dauer der Bewährungszeit der Aufsicht und Leitung eines Bewährungshelfers unterstellt.

Hagemeyer,
Richter am Amtsgericht